

## EntschlieÙung

- 5 Der Parteitag hält Fragen der Steuergerechtigkeit allgemein und des Spitzensteuersatzes, der Erbschafts- und Vermögenssteuer im Besonderen nach einem Wahlkampf unter der zentralen Parole „mehr soziale Gerechtigkeit“ weiterhin für eine wichtige politische Forderung. Dies wiegt umso schwerer, als unser Wahlkampf vor dem Hintergrund der immer weiter auseinander klaffenden Schere bei der Einkommens- und Vermögensentwicklung sowie der vielen konstatierten Prozesse einer Umverteilung von Unten nach Oben geführt wurde.
- 10 Umso befremdlicher muss es erscheinen, dass dieser Punkt von vornherein, das heißt schon vor Beginn der eigentlichen Koalitionsverhandlungen, ausgeklammert wurde.
- 15 Die Finanzierung zentraler Forderungen unseres Wahlprogramms und potentieller Beschlüsse des Koalitionsvertrages angesichts der dramatischen Unterfinanzierung des gesamten Bildungssystems und der Infrastrukturen sowie der Haushaltsnotlage so vieler Kommunen ist nachhaltig nur mit strukturellen Steuer-Mehreinnahmen möglich. „Starke Schultern“ müssen dabei auch mehr beitragen. Wir halten es für unseriös, die notwendigen Zuwächse bei den Ausgaben lediglich durch die auf dem schwankenden Grund der Konjunktur erhofften Mehreinnahmen finanzieren zu wollen.
- 20 Eine Koalitionsvereinbarung muss den Komplex „Steuern“ in dem in unserem Wahlkampf propagierten Sinne ausreichend berücksichtigen.
- 25 Der Unterbezirksvorstand wird gebeten, diese EntschlieÙung unverzüglich dem Parteivorstand zu übermitteln.